

# Böse Mine zum guten Spiel

Wie der Bergbaukonzern SMI staatliche Aufgaben übernimmt, um sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern.

Vier grüne Bergspitzen und ein blauer Schriftzug mit den Buchstaben S, M, I, bilden das Firmenlogo von *Sagittarius Mining, Inc.* (SMI). Auf dem Weg von der Bauernschaft Datal Biao (Tampakan City, South Cotabato, Mindanao) in die Provinzhauptstadt Koronadal City (South Cotabato) passieren die Anwohnerinnen<sup>1</sup> mehrfach das Zeichen des Bergbaukonzerns. Auf Werbetafeln werden sie in den *Barangays*<sup>2</sup> vom Unternehmen begrüßt, Personen am Wegesrand tragen T-Shirts, Taschen oder Baseball-Caps mit dem Emblem des Konzerns und Busse mit SMI-Insignien bringen den Arbeitenden zu ihren Arbeitsplätzen.

Michael Reckordt

SMI ist ein philippinisches Bergbauunternehmen, das allerdings seit 2007 unter der Management-Kontrolle des Schweizer Konzerns *Xstrata* steht.<sup>3</sup> Es besitzt die Genehmigung für die Erschließung eines der zehn lukrativsten Bergbaugebiete der Welt, das Tampakan Kupfer-Gold-Projekt. Insgesamt umfasst das Gebiet 27.945 Hektar, die sich in den Provinzen South Cotabato, Sarangani Province, Sultan Kudarat und Davao del Sur auf der südlichsten Insel Mindanao befinden. 13,5 Millionen Tonnen an Kupfer und 15,8 Millionen Unzen Gold werden in dem Vorkommen vermutet. Insgesamt investiert SMI/Xstrata fünf Milliarden US-Dollar in das gesamte Projekt und verspricht dem philippinischen Staat in der Projektlaufzeit von 25 Jahren Einnahmen von 40 Milliarden US-Dollar. Es handelt sich um die größte ausländische Investition in der Geschichte der Philippinen.

## Interessen der Industrie in Gesetz gegossen

Für die Philippinen ist dieses Projekt eines der wichtigsten Bergbauprojekte. Der Industriesektor befand sich lange Zeit in einer Krise. Aufgrund internationalen Druckes, vor allem von der *Asian Development Bank* (ADB) und multinationale Konzerne, wurde 1995 ein neues Bergbaugesetz, der *Mining Act of 1995* (Republic Act 7942), unter der Federführung der damaligen Senatorin und späteren Präsidentin

Gloria Macapagal-Arroyo, verabschiedet. Das Gesetz belebte den Bergbausektor und erfüllte viele Wünsche der Konzerne. Ausländische Firmen erlangen umfassende Besitzrechte und viele steuerliche Vergünstigungen (vgl. Grabowski 2008).

Generell haben Bergbauunternehmen Wassernutzungs- und Holzschlagrechte, die sie nach eigenem Bemessen anwenden können. Auch bei der Umsiedlung von Anwohnerinnen, die in den Operationsgebieten leben, haben die Konzerne viele Freiheiten. Zudem dürfen sie den Zugang zu ihrem Betätigungsbereich (und damit auch zu den Siedlungen) kontrollieren, zum Teil unterstützt von den *Investment Defense Forces* (IDFs), die im Jahr 2008 zum Schutz von »Kraftwerken, Infrastruktur und Bergbau-Projekten« gegründet wurden. Häufig werden Militäreinheiten als IDFs neu definiert und zum Schutz der Konzerne abgestellt. Dadurch werden die Regionen militarisiert und protestierende Anwohnerinnen und indigene Gemeinschaften massiv eingeschüchtert (vgl. Goodland and Wicks 2008).

## Ungleiche Kräfte

Die meisten Konzerne betreiben die Rohstoffgewinnung in abgeschiedenen Bergregionen, in denen der philippinische Zentralstaat nie ernsthaft versucht hat, eine Grundversorgung zu gewährleisten. Konzerne wie SMI/Xstrata füllen diese Lücke durch den Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern und weiterer Infrastruktur. Für die Konzerne sind die anfallenden Kosten steuerlich absetzbar und von geringer Höhe, gerade im Vergleich zu den erwarteten Gewinnen. Den Anwohnerinnen wird scheinbar gezeigt, dass die Konzerne – im Gegensatz zum Staat – sich um die

Der Autor ist Geschäftsführer des philippinenbüros und arbeitet schwerpunktmäßig zu Bergbau und Unternehmensverantwortung in den Philippinen.

Menschen kümmern. Neben sozialer und technischer Infrastruktur bringen sie zudem Jobs und Geld in die Region.

Die Situation in Tampakan ist dafür ein Paradebeispiel. Schon in der Mitte der 1990er Jahre kaufte ein australisches Unternehmen namens *Western Mining Corporation* (WMC) das Recht Mineralien in der Region abzubauen. WMC versprach, die Region zu entwickeln und Straßen und Häuser zu errichten. Es entstanden einige Jobs für die indigene Bevölkerung, die allerdings in der Regel schlecht bezahlt und körperlich anstrengend waren. Verschwiegen hingegen wurde den Menschen, dass Bergbau in diesem Falle nicht nur ein paar Probebohrungen, sondern offener Tagebau bedeutet.

### Fakten werden geschaffen

Als SMI/Xstrata die Konzession übernahm, investierten sie ebenfalls zuerst in Infrastruktur, um sich einen guten Ruf zu verschaffen. Zum jetzigen Zeitpunkt schließt der Konzern wichtige Vorbereitungs-schritte ab. Laut Plan soll 2016 mit der eigentlichen Förderung von Kupfer und Gold begonnen werden.

Eine Machbarkeitsstudie des Unternehmens wurde Anfang 2010 bei der zuständigen Behörde, dem *Mines and Geosciences Bureau* (MGB) in Koronadal City, eingereicht. Diese Studie ist Grundlage für die Erlangung eines Zertifikats, das die Umweltauflagen (*Environmental Compliance Certificate* – ECC) bestätigt.

Die Machbarkeitsstudie wird allerdings vom MGB streng vertraulich behandelt und der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. Selbst in der Behörde hat nur ein kleiner Kreis der Mitarbeitenden einen Einblick. *Non-Governmental Organizations* (NGOs) und Kirchen beklagen diesen Zustand, da es sich um ein öffentliches Dokument handelt, zu dem der Zugang gewährleistet werden müsste. Das MGB verweist hingegen auf SMI, das als Autor dieses Dokuments auch die geistigen Eigentumsrechte an der Studie halte, so Hernani G. Abdon vom MGB.<sup>4</sup>

Trotz des fortgeschrittenen Stadiums der Vorbereitung bleiben für die Bewohnerinnen die meisten Fragen noch ungeklärt: Was passiert eigentlich mit den Anwohnern? Wann, wie und wohin werden sie umgesiedelt? Werden Entschädigungen bezahlt? Wie werden diese bemessen? Bis heute hat es, laut den indigenen Gemeinschaften, keinen *Free Prior Informed Consent* (FPIC) von der Bevölkerung gegeben, also keine »informierte Zustimmung« für den offenen Tagebau. Selbst auf die Frage, wann dieser FPIC stattfinden wird, gibt es keine Informationen, nur Vermutungen von NGOs, dass es wohl in den kommenden Monaten passieren wird.

Der Konzern hingegen gibt an, allein im letzten Quartal 2009 mehrere Konsultationsprozesse unter-

nommen zu haben. Er wirbt sogar am Flughafen in Davao in einem Video mit diesen Prozessen. Jedoch berichten Teilnehmerinnen, dass bei diesen Konsultationen kritische Fragen meist nicht berücksichtigt worden sind. Stattdessen verteilt SMI/Xstrata große Mengen an Baseball-Caps, T-Shirts, Rucksäcken, finanziert lokale Veranstaltungen (zum Beispiel »*voters education*« in Tampakan) sowie Stipendien-Programme.

Durch diese Präsenz erzeugt der Konzern das Gefühl, dass er sich um die Menschen kümmert. Daher erhält er von einem großen Teil der betroffenen Gemeinden Rückhalt, polarisiert diese aber auch. Auf der einen Seite stehen die Bergbau-Befürworterinnen, die sich vor allem Arbeitsplätze, eine Anhebung des Lebensstandards und ökonomische Vorteile versprechen. Auf der anderen Seite befinden sich vor allem die Kirche, Bewohnerinnen und einige wenige indigene Gemeinschaften, die sich gegen *Large Scale Mining* und offenen Tagebau aussprechen. Sie fürchten um ihre Zukunft, haben Angst um ihre Felder, Tiere und Wasserversorgung, wollen nicht umgesiedelt werden und das kostbare Land ihrer Ahnen nicht durch den Bergbau zerstört sehen.

### Lehren aus anderen Katastrophen

Viele Aktivistinnen fürchten die negativen ökologischen und sozialen Folgen des Großbergbaus, die vor allem im landintensiven und umweltschädlichen Tagebauverfahren sichtbar werden. Abbaubedingte Entwaldung führt zu Erosion, Erdbeben und Verwüstung. Das Grundwasser wird durch Quecksilber und Zyanid vergiftet, da die Rückhaltegräben zuweilen undicht sind oder bersten. Diese vergiften nicht nur ganze Flüsse, sondern auch alles anliegende Land.

Das bekannteste Beispiel ist das Unglück auf der Insel Marinduque. Im März 1996 brach ein Rückhaltebecken: 1,6 Millionen Kubikmeter giftiger Schlamm zerstörten den 27 Kilometer langen Boac River, als auch den Makulaquit River. Beide gelten heute als ökologisch tot. Die Lebensgrundlage von 20.000 Menschen wurde zerstört und bis heute leiden die Menschen unter Krankheiten und Armut. Die Provinzregierung von Marinduque verurteilte das kanadische Unternehmen *Placer Dome*, das vierzig Prozent Anteile an *Marcopper* hielt, zu Schadensersatzzahlungen in Höhe von 100 Millionen US-Dollar. Bis heute wurden jedoch keine Zahlungen geleistet (Stark, Li, and Terasawa, 2006).

Im Falle des Tampakan Kupfer-Gold-Projekt gibt es konkrete Ängste. Die Nahrungsmittelgrundlage für die ganze Region könnte durch den Gold- und Kupferabbau gefährdet werden, da 20.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche direkt durch den Tagebau betroffen würden. Darüber hinaus fließen o-

der entspringen fünf bedeutende Flüsse in der Region, darunter der Padada River, der alleine für über 33.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche als Bewässerungsgrundlage dient. Die ehemalige Gouverneurin von South Cotabato Daisy P. Advance-Fuentes erklärte, dass 85.000 Bäuerinnen und über 200.000 Hektar kultiviertes Land vom Bergbau beeinträchtigt werden könnten (Goodland and Wicks, 2008, S. 107ff.).

### Zuspitzung des Konflikts

Der Konflikt zwischen beiden Seiten in Tampakan spitzte sich Ende Juni 2010 zu, als die lokale Provinzregierung (*Provincial Board of South Cotabato*) mit dem so genannten *Environmental Code* ein lokales Gesetz erließ, das den offenen Tagebau in der Region South Cotabato verbietet. Am 16. Juni 2010 demonstrierten daraufhin 3.000 Bergbaubefürworterinnen, darunter viele Indigene, vor dem Haus der Gouverneurin für den offenen Tagebau und für SMI/Xstrata. Der Firmenchef Peter Forrestal verwies in einer Presseerklärung drei Tage zuvor, dass SMI sich den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet fühle und die Methode des offenen Tagebaus mit diesem Prinzip komplett vereinbar sei.

Die Bergbauegegnerinnen sahen dies jedoch anders: Zehntausend von Kirche und lokalen NGOs mobilisierte Menschen drückten am 22. Juni 2010 vor dem Amtssitz der Gouverneurin ihre Unterstützung für das Gesetz aus. Einen Tag nachdem diese als letzte Amtshandlung das Gesetz unterschrieben hatte wurde sie am 30. Juni abgelöst. Doch auch ihr Nachfolger zog das Gesetz nicht zurück, womit es nun eine hohe Hürde für den Konzern darstellt.

Ob und wie weit diese Rechtsverordnung Bestand haben wird, muss sich erst noch zeigen. In Kraft tritt das Gesetz erst, wenn es in drei lokalen Zeitungen bekannt gemacht worden ist. Doch die ersten Auswirkungen sind schon sichtbar. *Zijin Mining*, ein chinesischer Staatskonzern, der die 37,5 Prozentanteile von *Indophil* an SMI aufkaufen wollte, hat von dem Projekt Abstand genommen. Die Aktien von *Indophil* verloren daraufhin in kürzester Zeit 44 Prozent ihres Wertes. Jetzt stehen sowohl der neue Gouverneur Arthur Y. Pingoy Jr., als auch Präsident Benigno Aquino unter dem Druck, einen Kompromiss zu finden, der den Interessen SMI/Xstratas nicht zugehen läuft. Wie dieser Kompromiss aussehen soll, blieb unklar. »Ein bisschen Tagebau« ist sicherlich nicht vorstellbar!

Vor allem die Frage, ob das lokale Gesetz nicht im Widerspruch zu nationalen Gesetzen, unter anderem dem *Mining Act of 1995*, steht, wird im Zentrum der Debatte stehen. Darüber hinaus hat im November 2010 auch der für die lokale Gesetzgebung zuständige Minister, *Local Government Secretary* Jesse

Robredo, angekündigt, dass in Zukunft Konflikte zwischen lokalen und nationalen Gesetzen beseitigt werden sollen. Als Beispiel nannte er den *Environmental Code* von South Cotabato.

Von dem *Environmental Code* ist aber nicht nur SMI/Xstrata, sondern auch *San Miguel Corporation* (SMC) betroffen. Der philippinische Großkonzern gehört dem Eduardo Cojuangco Jr., der ein Cousin von Corazon Aquino, der verstorbenen Mutter des jetzigen Präsidenten ist. SMC hat nicht nur angekündigt, sich an SMI beteiligen zu wollen, sondern bereitet den Kohleabbau in South Cotabato vor.

Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, inwieweit die lokale Gesetzgebung gegenüber den bestehenden Interessen von multinationalen und nationalen Großkonzernen Bestand haben wird. Die Konzerne haben eine wesentlich größere Lobby, wissen sie doch Gesetze, Investitionsschutzabkommen und sogar staatliche Einrichtungen wie das MGB und das Umweltministerium (*Department of Environment and Natural Resources*, DENR) auf ihrer Seite. Der Umweltminister, Ramon Paje, ist einer der größten Fürsprecher der Bergbaulobby.

Auch Benigno Aquino III hat mehrfach erklärt, die Interessen aller Beteiligten müssten gewahrt werden. Eine Politik, die auf ausländische Investitionen setzt und diese stärker schützt, als die lokale Bevölkerung, wird auf Dauer zu Konflikten führen. Die Gewinne fließen aus den Philippinen ab und zurück bleiben Anwohnerinnen, deren Lebensraum und Lebensgrundlage zerstört ist.

### Anmerkungen

- 1) Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in diesem Beitrag ausschließlich die weibliche Form verwendet. Falls nicht explizit anders gekennzeichnet, sind damit stets beide Geschlechter gemeint.
- 2) Ein Barangay ist die kleinste politische Verwaltungseinheit in den Philippinen.
- 3) *Xstrata* ist der viertgrößte Kupferproduzent der Welt und gehört zu den 400 größten Unternehmen. Der Konzern hält 62,5 Prozent des kontrollierenden Anteilskapitals (40 Prozent). Die Deutsche Bank ist als Anteilseigner und Broker für *Xstrata* ebenfalls beteiligt.
- 4) Am 24. Mai 2010 bei einem Gespräch mit dem Autor.

### Literatur

- BGR (2010): Rohstoffwirtschaftliche Bewertung der Länder Afrikas, Asiens, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Georgien und Südamerikas im Hinblick auf die Bedeutung für Deutschland; September 2010.
- Goodland, Robert and Clive Wicks (2008): Mining or Food? Grabowski, Maïke (2008): Deutsches Geld für philippinisches Gold – Wie deutsche Banken den Großbergbau in den Philippinen mitfinanzieren; In: südostasien Heft 1, 2008, online unter: <http://www.asienhaus.org/public/archiv/2008-1-074.pdf>
- Stark, Jeffrey; Jennifer Li and Katsuaki Terasawa (2006): Environmental Safeguards and Community Benefits in Mining: Recent Lessons from the Philippines; USAID Working Paper No. 1, 2006.